

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018

Einzelplan 7 – Verkehr

**Betr.: Mehr umweltfreundlicher und bezahlbarer Verkehr, weniger CO2 und
Flächenfraß**

Die rot-grüne Koalition will sich mit dem selbstverliehenen Titel „Fahrradstadt Hamburg“ schmücken. Doch es fehlt ihr an einem klaren Bekenntnis zur Umverteilung im Straßenraum zugunsten der umweltfreundlichen Verkehrsmittel und zulasten des motorisierten Individualverkehrs. Mit einer zügigen Ausweitung des Radverkehrs und einer Stärkung des ÖPNV kann der umweltbelastende, CO2-produzierende und flächenfressende Autoverkehr auf das Notwendigste reduziert werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Ausbau des Radverkehrsnetzes durch die Schaffung neuer, ausreichend breiter Radstreifen wird forciert. Parallel werden die B+R-Angebote erhöht.
 - a. Der bisherige, noch nicht realisierte Ansatz des Senats, jährlich 60 km neue Radverkehrsanlagen zu schaffen wird auf 120 km tatsächlicher Streckenlänge erhöht.
 - b. Die Kennzahl „B_269_01_002 2. Entwicklung des Radverkehrs“ wird auf 382 Prozent im Jahr 2017 sowie auf 408 Prozent im Jahr 2018 verdoppelt.
 - c. Die in Drs. 20/14485 für die Schaffung von weiteren 10.000 B+R-Plätzen in den Jahren 2017 bis 2025 vorgesehenen Ausgaben (investive Mittel 24,5 Millionen Euro, konsumtive Mittel 4,1 Millionen Euro) werden auf die Jahre 2017 und 2018 vorgezogen.
2. Durch die jährlich vom Senat vorgelegten und von der Bürgerschaftsmehrheit beschlossenen Erhöhungen der HVV-Fahrpreise werden immer mehr Menschen mit wenig Einkommen in ihrer Mobilität eingeschränkt.
 - a. Um den Zugang zur Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen abzusichern, werden in einem ersten Schritt die Beiträge für Menschen mit geringem Einkommen gesenkt werden. Langfristig ist ein Bürger/-innen-Ticket einzuführen.
 - b. Die Betriebskosten- und sonstigen Zuschüsse für den ÖPNV werden um jährlich 20 Millionen Euro erhöht. Aus diesen zusätzlichen Geldern werden Preissenkungen für Senioren/-innen-, Studenten/-innen-, Auszubildenden- und Schüler/-innenfahrkarten finanziert sowie das Sozialticket zu einem langfristigen kostenfreien Angebot umgebaut.

3. Die Finanzierung der vorgenannten zusätzlichen Ausgaben erfolgt unter anderem durch den Verzicht auf den Bau der A26-Ost (Hafenquerspange), wodurch rund dreistellige Planungskosten eingespart werden.